

*Fraktionserklärung*

Was in der letzten Woche zu Bettwil gesagt worden und abgelaufen ist, ist für den Kanton Aargau beschämend.

Es ist beschämend, mit welcher Selbstverständlichkeit auch in den Medien von der Gleichung Asylbewerber gleich Krimineller ausgegangen wird. Es ist erschreckend, dass sich eine ganze Gemeinde bei der Ankündigung von 140 Asylbewerbern sofort existenziell bedroht fühlt und gleichsam in einen gefährlichen Notwehrmodus verfällt.

Meine Damen und Herren, damit es wieder einmal auch im Kanton Aargau gesagt ist: Ein Asylbewerber ist statistisch nachgewiesen in der grossen Mehrheit kein Krimineller.

Um weiter bei den Fakten zu bleiben: In einer globalisierten Welt fliessen nicht nur Geld und Steuerflüchtlinge. Es gibt auch Menschen, die wegen politischer Verfolgung oder der Suche nach einer besseren Zukunft ihre Heimat verlassen. Es ist die Aufgabe eines Rechtsstaates wie der Schweiz, Asylgesuche zu prüfen.

Um die Verfahrensfristen zu verkürzen, schafft der Bund nun Asylzentren. Dies tut er aus der Erkenntnis, weil die Beschwerdequote bei Nichteintretensentscheiden massiv steigt, sobald die Asylbewerber an die Kantone zugewiesen sind. Wie auch immer der Bund in den letzten Jahren in diese Vollzugsnotlage geraten ist, anstatt diese Diskussion nun vorzuschieben, wäre es jetzt unsere Pflicht, den Bund bei der Korrektur zu unterstützen.

Stattdessen steuern wir aber wissentlich, ja fast schon gezielt, auf ein eigentliches Staatsversagen zu.

- Verursacht einerseits durch die suboptimale Kommunikation. Denn dass man mit zu spärlichen und unklaren Informationen in einem derart dringlichen Projekt Unsicherheit und auch kontraproduktive Reaktionen provoziert, sollte zumindest den vielen Kommunikationsbeauftragten im Departement Gesundheit und Soziales (DGS) und im Bundesamt für Migration (BFM) bekannt sein.
- Verursacht andererseits auch durch die Reaktionen in Bettwil. Auch wenn der Ärger nachvollziehbar ist – und das ist er! – sind die Beschimpfungen und Äusserungen eines Teils der Bettwiler Bevölkerung nicht akzeptabel. Das Bild von der scheinbaren Zerstörung eines Paradieses auf dem Land ist grotesk. Die implizite Forderung, dass doch grössere Gemeinden die Asylzentren beherbergen sollten, ist ein Zynismus für alle in den Agglomerationen Wohnenden, die mit ganz anderen sozialen Problemen zu kämpfen haben.
- Verursacht ist dieses Staatsversagen aber nicht zuletzt auch durch die Biedermeier-

Brandstifterpolitik der SVP. Sie fordert die zentrale Unterbringung von Asylbewerbern – dies haben wir schon mehrfach gehört. Wird dies aber nur schon im Ansatz wie jetzt angegangen, so fördert die gleiche Partei bereitwillig den Widerstand. Das ist einmal mehr ein Beweis dafür, dass diese Partei gar nicht an der Lösung interessiert ist, sondern viel mehr an der eigentlichen Empörungsbewirtschaftung.

Wir mahnen die Gemeindebehörden zur nötigen Besonnenheit, jetzt nicht populistischen Versuchungen zu erliegen. Wir danken der Bevölkerung in den betroffenen Gemeinden für ein Mindestmass an Vernunft und auch an Solidarität.